

Die Eurobarometermacher auf der Zauberinsel: Konstruktion einer europäischen öffentlichen Meinung durch Umfrageforschung

Pausch, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pausch, M. (2008). Die Eurobarometermacher auf der Zauberinsel: Konstruktion einer europäischen öffentlichen Meinung durch Umfrageforschung. *SWS-Rundschau*, 48(3), 356-361. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-233369>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Methodik – Aktuell

Grenzen und Herausforderungen der Umfrageforschung

Die Eurobarometermacher auf der Zauberinsel

Konstruktion einer europäischen öffentlichen Meinung durch Umfrageforschung

Markus Pausch (Salzburg)

Markus Pausch: *Die Eurobarometermacher auf der Zauberinsel – Konstruktion einer europäischen öffentlichen Meinung durch Umfrageforschung* (S. 356–361)

Eurobarometer ist das Umfrageinstrument der Europäischen Kommission. Zweimal jährlich werden in allen Mitgliedstaaten Face-to-Face-Befragungen mit jeweils ca. 1.000 Personen durchgeführt. Dabei werden verschiedene Fragen zu unterschiedlichen, die EU betreffenden Themen gestellt – von der Zufriedenheit mit der Demokratie bis hin zu den Zukunftsvorstellungen der EuropäerInnen. Dieser Artikel wirft einen kritischen Blick auf die Eurobarometermacher und deren Umfragen, denn sowohl demokratiepolitisch als auch methodologisch sind Zweifel an der Wissenschaftlichkeit und Objektivität angebracht.

Schlagworte: Eurobarometer, europäische Öffentlichkeit, politische Meinungsforschung, Demokratie

Markus Pausch: *Eurobarometer Makers on a Magic Island – on the Construction of a European Public Opinion by Survey Research* (pp. 356–361)

Eurobarometer is the prime survey instrument of the European Commission. Twice a year, face-to-face interviews with approximately 1,000 persons are being carried out in all EU member states. Different questions on a variety of issues about the EU are asked – for example, satisfaction with democracy and ideas on the future of the Europeans. The article criticizes Eurobarometer from a democratic as well as methodological point of view, and questions the scientific quality and objectiveness of this survey instrument.

Keywords: Eurobarometer, European public, political opinion research, democracy

1. Einleitung

Der Titel des vorliegenden Artikels – angelehnt an eine Posse von Ferdinand Raimund – enthält auch schon seine Grundaussage. Die Europäische Kommission versucht mit Hilfe ihres Umfrageinstruments Eurobarometer¹, eine europäische öffentliche Meinung zu konstruieren. Trotz weit reichender Zweifel an der Möglichkeit einer solchen Meinung werden die Ergebnisse im Titel der jeweiligen Veröffentlichungen als »Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union« ausgegeben. Was sich die Kommission davon erhofft, ist Legitimation für den europäischen Integrationsprozess und für zukünftige politische Vorhaben.² Dies zeigt sich unter anderem daran, dass die Generaldirektion für Kommunikation mit der Erstellung des Eurobarometers betraut ist und auf unerwünschte Ergebnisse mit entsprechenden Informationsinitiativen reagiert.

Dieses Unterfangen ist an sich höchst problematisch, wird aber noch verschärft durch die Art und Weise der Umsetzung. Sowohl aus demokratietheoretischer als auch aus methodologischer Perspektive gibt es wesentliche Kritikpunkte.³ Wie im vorliegenden kurzen Artikel gezeigt werden soll, bewegen sich die Eurobarometermacher in Hinblick auf ihr Umfrageinstrument und dessen Ergebnisse eher auf einer Zauberinsel als auf wissenschaftlich sicherem Boden.

2. Demokratie und Meinungsforschung

Politische Meinungsforschung hat in der Regel ein demokratiepolitisches Ziel, nämlich die Meinung der Menschen zu erheben, damit politische AkteurInnen danach handeln können. Eine Prämisse ist, dass sich politische Entscheidungen in Demokratien durch die Zustimmung der Mehrheit legitimieren.⁴ Die repräsentative Demokratie soll auf diese Weise wieder ein Stück näher an die BürgerInnen heranrücken und deren Rolle als Souverän unterstreichen. Schon George Gallup hegte Anfang des 20. Jahrhunderts die große Hoffnung, dass durch politische Meinungsumfragen die Demokratie gestärkt und die Stimme der BürgerInnen mehr Gewicht erhalten werde (Gallup 1939). Im Idealfall wird also die Bevölkerung zu einem Thema befragt und das Ergebnis aus dieser

1 Seit 1973 gibt die Kommission zweimal jährlich das Standard-Eurobarometer heraus. Die Face-to-Face-Befragungen finden in allen Mitgliedstaaten der EU (früher EG) jeweils im Frühjahr und im Herbst statt und werden von privaten nationalen Meinungsforschungsinstituten durchgeführt. Die Auswahl der Themen und der Fragen obliegt der Kommission. Darüber hinaus gibt es auch spezielle Eurobarometer und Flash-Eurobarometer (telefonische Umfragen). Für Details siehe die Website der Kommission http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm.

2 Wie Berichte und Interviews der Gründer zeigen, ging es um die Herstellung einer pro-europäischen Öffentlichkeit (Europäische Kommission 2004, Keller 1997).

3 Die demokratietheoretische Kritik an der Europäischen Kommission bezieht sich in diesem Artikel ausschließlich auf das Umfrageinstrument Eurobarometer. Abgesehen davon hat die Kommission gemeinsam mit dem Europaparlament und nicht selten gegen den Widerstand der Staats- und Regierungschefs viel zur Demokratisierung der Union beigetragen.

4 Zum umfangreich diskutierten Demokratiedefizit der EU siehe Hix/Follesdal (2005).

Befragung wird von den RepräsentantInnen, den PolitikerInnen, dann in politischen Entscheidungen umgesetzt. Auch wenn diese Logik in der politischen Praxis der repräsentativen Demokratien nicht immer zum Tragen kommt, so werden die Ergebnisse von Meinungsumfragen nichtsdestotrotz nach wie vor häufig als Legitimation für politische Entscheidungen verwendet. Allerdings wird es aus demokratischer Sicht insbesondere dann heikel, wenn die Herrschenden selbst die Umfragen durchführen, mit denen sie sich legitimieren wollen. Gallup war entschieden gegen staatliche Meinungsforschung, da er die Gefahren der Steuerung, der Manipulation und der Monopolisierung sah (Gallup 1939). Im Fall von Eurobarometer scheinen Bedenken genau dahingehend angebracht. Da die Europäische Union nach wie vor an demokratischen Defiziten – wie mangelnder Transparenz, geringen Partizipationsmöglichkeiten, wackeligem Grundkonsens etc. – leidet,⁵ die Legitimationsketten länger als in Nationalstaaten sind und die Kluft zwischen Eliten und BürgerInnen besonders groß ist, ist es umso bedenklicher, dass die Europäische Kommission Meinungsforschung in großem Stil und de facto monopolistisch betreibt.⁶

3. Meinungen ohne Information und Meinungs Austausch

Menschen haben nicht zu jedem Thema eine Meinung. Ohne gewisse grundlegende Informationen kann man sich zu vielen Fragen nicht äußern. Meinungen verändern sich mit dem Informations- und Kenntnisstand, sind nichts Statisches und brauchen einen Raum, in dem sie ausgetauscht werden können.⁷ In der Europäischen Union sind all diese Voraussetzungen nur mangelhaft ausgeprägt. Zum einen fühlen sich viele Menschen schlecht über die Entscheidungsabläufe, die Politikfelder und die AkteurInnen der EU informiert – und sind es auch tatsächlich, wie nicht zuletzt die Eurobarometer-Ergebnisse immer wieder zeigen (Eurobarometer 67/2007). Zum anderen gibt es keinen breiten öffentlichen Meinungs Austausch auf europäischer Ebene. Dennoch sollen in den Umfragen Fragen beantwortet werden, zu denen es kein ausreichendes Kontextwissen gibt.

Ein Paradebeispiel dafür stellt die Erhebung der Zustimmung zu einer europäischen Verfassung dar. Laut Eurobarometer 62 – erhoben im Herbst 2004 – stimmten europaweit 68 Prozent der Befragten der Forderung nach einer Verfassung für die EU zu (Eurobarometer 62/2004, 151). Über das Thema gab es allerdings in den meisten Ländern zum Erhebungszeitpunkt keine Debatte und der Informationsstand über das, was von den politischen Eliten an konstitutionellen Überlegungen diskutiert wurde, war mehr als dürftig. Laut Eurobarometer waren 70 Prozent der Französischen und

5 Zum umfangreichen diskutieren Demokratiedefizit der EU siehe Hix/ Follesdal (2005).

6 Das faktische Monopol ergibt sich zum einen aus der für private Meinungsforschungsinstitute wohl kaum zu bewältigenden Breite der transnationalen Erhebung und zum anderen aus einer Vormachtstellung bei der Präsentation und Verbreitung der Eurobarometer-Ergebnisse.

7 Zur Debatte um die Begriffe »öffentliche Meinung«, »Öffentlichkeit« etc. siehe u. a. Habermas (1962), Lazarsfeld (1957), Luhmann (1971). Zum konkreten Feld einer europäischen Öffentlichkeit siehe etwa Eder/ Kantner (2000), Gerhards (1993), Pausch (2006) und Risse (2003).

Franzosen und gar 73 Prozent der NiederländerInnen für den »Gedanken einer europäischen Verfassung« (Eurobarometer 62/2004, 151–152). Die Referenden über den Verfassungsvertrag für Europa gingen wenige Monate später dennoch in beiden Staaten negativ aus. Auch wenn man nach institutionellen Reformen fragt, wie etwa der Einführung eines EU-Außenministers, stellt sich ein ähnliches Problem. Was heißt es dann also tatsächlich, wenn ein gewisser Prozentsatz der Befragten einer Aussage oder einer Forderung zustimmt? Lässt sich daraus ein Handlungsauftrag an die politischen Eliten ableiten? Ist es demokratisch legitim, wenn man eine Verfassung für Europa vorantreibt, weil 70 Prozent der Bevölkerung laut Eurobarometer dafür sind? In der Darstellung der Ergebnisse klingt das regelmäßig so, auch wenn im genannten Beispiel explizit betont wird, dass die Zustimmung zum Gedanken einer Verfassung nicht mit einer Wahlabsicht bei Referenden gleichzusetzen ist.

Im Beispiel der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird die Argumentationsstrategie deutlicher: »Die europäische Bevölkerung scheint mehr denn je für Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aufgeschlossen zu sein. In der erweiterten EU erreicht die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik heute 78%« (Eurobarometer 62/2004, 118–119). Wer das liest, tendiert auf den ersten Blick wohl dazu, auf eine breite demokratische Legitimation für den Ausbau der ESVP zu schließen. Dass die Befragten unter Umständen gar nicht wussten, was die ESVP tatsächlich ist und wie eine solche gemeinsame Verteidigungspolitik aussehen soll, bleibt unerwähnt. Dass es kaum Debatten und Meinungsaustausch zu diesem Thema in der Öffentlichkeit gab und gibt, spielt in der Darstellung der Ergebnisse im Eurobarometer keine Rolle. Die gegebenen Antworten werden ganz einfach zur europäischen öffentlichen Meinung gemacht. Dies ist zwar grundsätzlich kein Spezifikum des Eurobarometers, stößt aber im Gegensatz zu nationalen Umfragen, in denen oppositionelle Kräfte auf Interpretationen von Regierungsseite mit ihren eigenen Einschätzungen reagieren können, im Rahmen der EU kaum auf Widerspruch.

4. Vergleichbarkeit und Interpretation

Zu den erwähnten grundlegenden Problemen kommen auch noch ganz konkrete methodische Unschärfen dazu (Karmasin/Pitters 2008). Die Größe der Stichproben bewegt sich etwa in allen Staaten bei 1.000 Befragten, was zu ungleichen Schwankungsbreiten führt. Ländervergleiche werden aber nicht nur aufgrund der unterschiedlich großen Zahl der Befragten im Vergleich zur Grundgesamtheit problematisch, sondern auch aufgrund von Bedeutungsdifferenzen. Gerade das Wort »Verfassung« wird in den europäischen Staaten unterschiedlich verstanden und löst Assoziationen zur jeweils eigenen nationalen Verfassung aus. Ähnlich verhält es sich mit Begriffen wie u. a. »politische Union« oder »Verteidigungspolitik«. Besonders in sensiblen Politikfeldern spielen nationalstaatliche Traditionen eine bedeutende Rolle, sie werden im Eurobarometer aber nicht in die Datenanalyse mit einbezogen. Es gilt die Macht der nackten Zahlen, die ihrerseits auf methodisch zweifelhafte Weise zustande kommen. Auch linguistische Differenzen tauchen immer wieder auf. So wurde etwa in der deutschen

Version eines Eurobarometers zum Thema Aids von der Sorge über einen erneuten »Ausbruch der Seuche« geschrieben, während in der englischen Fassung von *epidemic* die Rede war (Spezial-Eurobarometer 240/2006, 3). Dies wurde auf der Webseite der »Zeitschrift für sexuelle Emanzipation« insofern nachvollziehbar kritisiert, als *epidemic* eher mit »ansteckender Krankheit« als mit »Seuche« zu übersetzen wäre, da gerade das Wort »Seuche« sehr negativ besetzt sei (<http://www.gigi-online.de/Do%20you%20know46.htm>, 16. 6. 2008). Und schließlich stellen die (vorgegebenen) Antwortmöglichkeiten häufig auch bei Eurobarometer ein bedeutendes methodisches Problem dar. Ein sehr bezeichnendes Beispiel dafür bildet das Flash-Eurobarometer 151/2003 zum Thema »Irak und der Weltfrieden«, in dem 59 Prozent der Befragten den Staat Israel als Gefahr für den Weltfrieden erachten (Flash-Eurobarometer 151/2003, 79). Dass in den Antwortmöglichkeiten nur Staaten vorgegeben waren und etwa die palästinensische Autonomiebehörde nicht zur Auswahl stand, verzerrt das Ergebnis ebenso wie die Tatsache, dass zuvor im gesamten Fragebogen der Nahostkonflikt eine prominente Rolle einnahm.

Den Vorwurf, dass die Kommission als Eurobarometermacher mit ihren Umfragen auf einer Zauberinsel lebt, muss sie sich aber in erster Linie aufgrund der Interpretationen gefallen lassen: »7 von 10 Europäern sagen der EU eine glanzvolle Zukunft voraus«, heißt es im Eurobarometer 67 (2007, 169). Dieser bemerkenswerte Schluss wird aus den Antworten auf folgende Frage gezogen: »Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?« Die Ergebnisse werden nicht den Antwortmöglichkeiten entsprechend aufgeschlüsselt präsentiert, sondern in »(sehr oder ziemlich) optimistisch« (69 Prozent) und »(sehr oder ziemlich) pessimistisch« (24 Prozent) zusammengefasst (ebd.). Eine solche Darstellung ist höchst problematisch, da der Begriff »glanzvoll« eine unverhältnismäßig positive Sicht der EuropäerInnen auf die Zukunft suggeriert, die sich aus den Zahlen nicht ableiten lässt. Bestenfalls könnte noch von einer positiven Grundstimmung gesprochen werden. Die Darstellung lässt sich aber durch das Bemühen der Kommission erklären, sich selbst eine Legitimationsbasis für das Vorantreiben der europäischen Integration zu verschaffen. Dass dies weitgehend nicht gelingt, ist aufgrund der genannten Zweifel an den Umfragen wenig bedauerlich. Tatsächlich sind nämlich sowohl das Eurobarometer selbst als auch dessen Ergebnisse in der medialen Öffentlichkeit kaum ein Thema, wie ein Blick in die Online-Archive von Tageszeitungen zeigt. Aber dennoch sind selbst dort, wo die Europäische Union ihre Legitimation explizit aus den Eurobarometer-Umfragen ableitet, Skepsis und Kritik angebracht.

5. Konklusion

Das Umfrageinstrument Eurobarometer weist mehrere Probleme auf, die demokratiepolitisch bedenklich sind. Das beginnt mit dem zwar verständlichen, aber aus wissenschaftlicher Sicht heiklen Wunsch der Europäischen Kommission nach Legitimation und pro-europäischer Stimmung, zieht sich über Ungereimtheiten in der Fragensauswahl,

in den Antwortvorgaben, Stichprobengrößen und der Vergleichbarkeit bis hin zur Interpretation der Ergebnisse. Die demokratische Funktion von Meinungsumfragen als Annäherung an das Ideal einer echten Regierung des Volkes wird jedenfalls von Eurobarometer nicht erfüllt.

Literatur

- Beck, Ulrich/ Bonß, Wolfgang (Hg.) (1989) *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung*. Frankfurt a. M.
- Eder, Claus/ Kantner, Cathleen (2000) *Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit*. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40 (Hg. Maurizio Bach), 306–331.
- Eurobarometer 62 (2004) *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union* (Hg. Europäische Kommission). Brüssel.
- Eurobarometer 67 (2007) *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union* (Hg. Europäische Kommission). Brüssel.
- Europäische Kommission (2004) *Drei Jahrzehnte Eurobarometer. Die europäische Integration in der öffentlichen Meinung der Mitgliedstaaten*. Brüssel.
- Flash-Eurobarometer 151 (2003) *Irak und der Weltfrieden* (Hg. Europäische Kommission). Brüssel.
- Gallup, George H. (1939) *Public Opinion in Democracy*. Princeton.
- Gerhards, Jürgen (1993) *Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit*. In: Zeitschrift für Soziologie (Stuttgart), Nr. 2, 96–110.
- Habermas, Jürgen (1962) *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied.
- Hix, Simon/ Follesdal, Andreas (2005) *Why there is a Democratic Deficit in the EU. A Response to Majone and Moravcsik*. European Governance Papers. C-05-02.
- Karmasin, Helene/ Pitters, Harald (2008) *Methodenprobleme international vergleichender Umfragen am Beispiel des »Eurobarometer«*. In: Melischek, Gabriele u. a. (HgInnen) *Medien- und Kommunikationsforschung im Vergleich*. Wiesbaden, 435–450.
- Keller, Felix (1997) *A Virtual Nation. Public Opinion Research and European Integration*. Online Paper, Zürich.
- Lazarsfeld, Paul F. (1957) *Public Opinion and the Classical Tradition*. In: *Public Opinion Quarterly*, Nr. 1, 39–53.
- Luhmann, Niklas (1971) *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen.
- Pausch, Markus (2006) *Die europäische Öffentlichkeit im konstitutionellen Prozess*. In: Puntischer Riekman, Sonja u. a. (HgInnen) *Europa Res Publica*. Europäischer Konvent und Verfassungsgebung als Annäherung an eine europäische Republik? Wien, 189–210.
- Risse, Thomas (2003) *An Emerging European Public Sphere? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators*. Paper presented to the Annual Meeting of the European Union Studies Association (EUSA). Nashville.
- Spezial-Eurobarometer 240 (2006) *AIDS-Prävention* (Hg. Europäische Kommission). Brüssel.

Internet-Adressen

- Europäische Kommission: *Eurobarometer*, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm .
- Gigi, Zeitschrift für sexuelle Emanzipation, verfügbar unter: <http://www.gigi-online.de/Do%20you%20know46.htm> , 16. 6. 2008.

Kontakt:
markus.pausch@fh-salzburg.ac.at